



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Umwelt und Grün,  
Bauausschuss**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 24.06.2016

**Niederschrift öffentlich**

über die **Gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Bauausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 20.06.2016, 15:05 Uhr bis 16:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

und der

**Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 20.06.2016, 16:00 Uhr bis 16:26 Uhr, Historisches Rathaus Konrad-Adenauer-Saal

**Anwesend waren:**

**Ausschuss für Umwelt und Grün**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	stellvertretend für Herrn Ott
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Gutzeit
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Mathias Wittmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

**Ratsmitglieder mit beratender Stimme**

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	stellvertretend für Herrn Hübner
------------------------	-----------	----------------------------------

**Beratende Mitglieder**

Herr Stephan Boyens	AfD
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

### **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	Dezernat Finanzen
Frau Bettina Baum	Dezernatsbüro Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Johannes Feyrer	Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
Frau Dagmar Göring	Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
Frau Simone Hurniak	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
Frau Anke Ludwig	Dezernatsbüro Dezernat Soziales, Integration und Umwelt

### **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

### **Gäste**

Herr Wolfgang Beer	Bau-Sachverständigen INSTITUT ROGER GRÜN
Herr Prof. Dr. Lutz Heinrich Benner	WBG Büro für geotechnische Systemuntersuchungen
Herr Dipl.-Ing. Andreas Giesen	G I E S E N B P M, Bauprojektmanagement
Herr Eugen Litvinov	Beratendes Mitglied (Stellvertreter von Herrn Bayrakçioğlu)

### **Bauausschuss**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Jürgen Kircher	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP

## **Beratende Mitglieder**

Herr Roger Beckamp	AfD
Herr Ahmet Altinova	KL
Frau Gisela Grüßer	StadtAG Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Herr Lutz Tempel	SPD
Herr Joachim Kuschewski	auf Vorschlag der CDU
Herr Wolfgang Strowitzki	
Herr Mathias Wittmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Bernd Weber	DIE LINKE
Herr Dr. Christian Beese	auf Vorschlag der FDP

## **Verwaltung**

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Susanne Brenner-Gless	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Markus Gerhards	Gebäudewirtschaft
Herr Michael Nawroth	Gebäudewirtschaft
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Bernd Rosenberger	Gebäudewirtschaft
Frau Astrid Schüßler	Gebäudewirtschaft

## **Schriftführerin**

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
-------------------	--

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Ausschuss für Umwelt und Grün**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jochen Ott	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU

### **Beratende Mitglieder**

Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Marco Pagano	SPD
Herr Matthias Pergande	FDP

Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner CDU  
Frau Jennifer Mense GRÜNE  
Herr Fabian Hübner auf Vorschlag der Fraktion DieLinke

## **Bauausschuss**

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN

### **Beratende Mitglieder**

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel auf Vorschlag der SPD  
Herr Efan Kara CDU

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Umwelt und Grün, RM Frau Welcker, begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste.

Sie weist auf die aktuelle Tagesordnung hin und macht auf folgende Erweiterungen in der gemeinsamen Sondersitzung aufmerksam.<sup>1</sup>

- 3.1 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt
- 3.1.1 Änderungsantrag Die Linke

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung. Diese wird daher einstimmig wie folgt festgelegt:

---

<sup>1</sup> Die Erweiterungen zur Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün ab TOP 5.1 gibt Frau Welcker zu Beginn im Konrad-Adenauer-Saal bekannt. Auch dort gibt es keine Einwendungen. Die Tagesordnungen beider Teile werden in der Niederschrift zusammengefasst (s. S. 5)

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 Wahl eines/einer Vorsitzenden**
- 2 Wahl einer Schriftführerin**
- 3 Allgemeine Beschlussvorlagen**
  - 3.1 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt  
1992/2016
    - 3.1.1 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs  
Änderungsantrag Die Linke vom 20.06.2016  
AN/1190/2016
- 4 Mitteilungen**
  - 4.1 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkbergs, insbesondere im Hinblick auf Cyanide  
1737/2016
  - 4.2 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs / hier: Sachstand und weiteres Vorgehen  
1943/2016
  - 4.3 Kalkberg  
Berücksichtigung von Umweltvorsorgeaspekten bei der nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung  
2012/2016
- 5 Weitere Beschlussvorlagen deren Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün erfolgt**
  - 5.1 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften  
Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün  
1434/2016
    - 5.1.1 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften  
Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün  
AN/1085/2016

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Wahl eines/einer Vorsitzenden

***Frau Katharina Welcker wird einstimmig zur Vorsitzenden gewählt.***

### 2 Wahl einer Schriftführerin

***Frau Barbara Bültge-Oswald wird einstimmig zur Schriftführerin gewählt.***

### 3 Allgemeine Beschlussvorlagen

#### 3.1 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt 1992/2016

##### 3.1.1 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs Änderungsantrag Die Linke vom 20.06.2016 AN/1190/2016

Stadtdirektor Herr Kahlen merkt an, dass ein unmittelbarer Handlungszwang vorliege.

Für den ersten Abschnitt, die Westseite, liege als Grundlage eine Entwurfsplanung vor. Auch diese komme zum gleichen Ergebnis, dass gehandelt werden müsse. Die Verwaltung bereite sich zudem auf eine Situation vor, die ein noch schnelleres Handeln erfordere, wenn von einem Plan A in einen Plan B umgeschwenkt werden müsse.

Herr Kahlen kommt auf den Vorschlag der Bürgerinitiative zu sprechen, der vorsehe, die vorhandene Kalkschicht von 15 Meter auf 4 Meter zu reduzieren, um die Halde zu stabilisieren. Hinsichtlich der Kosten sei dies aber keine Verbesserung.

Herr Kahlen unterstreicht abschließend, dass man alles tun werde, um das tatsächliche Ziel, also eine Gefahrenabwehr, zu erreichen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Welcker betont, dass es in der heutigen Sitzung bzw. in dieser Beschlussvorlage ausschließlich um die Haldenstabilisierung gehe.

RM Herr Brust bejaht namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dass die Halde abgedichtet und abgeflacht werden müsse, man habe jedoch noch ein paar Fragen und bitte, diese bis zur Ratssitzung zu beantworten.

Außerdem beantragt er, die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

1. Die Bürgerinitiative habe angeregt, dass, wenn man die Rettungshubschrauberstation abreiße, man den Berg insgesamt von 15 m Überdeckung auf 4 m Überdeckung abbauen könne. Man könne dieses Material benutzen, um die Flanken abzufachen und müsse kein Material von extern anfahren. Herr Brust möchte von dem Gutachter wissen, wie er die Situation einschätze, also ob dies eine mögliche Alternative sein könne.

2. Herr Brust fragt, ob die Baustraße eine dauerhafte Straße sein solle, die auch später genutzt werden könne.
3. Im Beschluss heiße es, dass ein Kanalanschluss an das Netz der StEB gewollt sei. Aber im Text des Gutachters heiße es, dass noch unklar sei, ob man die Auffangbecken mit Plane abdichte oder ob man sie nach unten offen lasse, so dass das Wasser versickern könne. Wenn man annehme, dass man das Wasser versickern lassen könne, stelle sich für ihn die Frage, ob man noch den Kanalanschluss benötige oder darauf verzichten könne.
4. Nach welchem Schlüssel seien die Kosten zwischen Feuerwehr und Umweltamt aufgeteilt worden bzw. welchen sachlichen Grund gebe es für die Aufteilung?

SB Herr Dr. Albach stimmt ebenfalls zu, dass der Kalkberg stabilisiert werden müsse.

Er stellt folgende Fragen:

1. Inwieweit treibe die Aufgabe, den Kalkberg nutzungsunabhängig zu stabilisieren, die Kosten nach oben? Dies betreffe auch die Umschichtung der Massen und den Verzicht der Straße auf der Ostseite, wenn gerade an der Westseite eine neu gebaut werde.
2. Besitze die neue Straße ein Gefälle auf der Westseite, so dass man sie später barrierefrei nutzen könne?
3. Es bestehe überhaupt kein Interesse darin, unbelastetes Oberflächenwasser in die Kläranlage zu schleusen. Wieso soll dann ein Kanalanschluss gebaut werden?
4. Sei die Belastung des Kalkbergs mit Cyaniden einmalig in Köln oder gebe es noch andere cyanidbelastete Flächen und wo befinde sich die Cyanidquelle? Wenn die Verwaltung darauf hinweise, dass Karbid die wahrscheinliche Quelle für Cyanid sei und es nicht nur in diesem Bereich Kölns Gaswerke gab, möchte Herr Dr. Albach wissen, ob es an anderen Stellen Kölns vergleichbare Quellen gebe.

RM Herr Götz stimmt einer Verweisung ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu. Allerdings müsse man entsprechend handeln, wenn Gefahr im Verzug sei.

Herr Götz stellt folgende Fragen:

1. In Punkt 1 des Beschlussvorschlags spreche die Verwaltung von notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen einschließlich erforderlicher Maßnahmen für den Umweltschutz. Herr Götz möchte wissen, ob diese Maßnahmen für den Umweltschutz eigentlich nicht notwendig seien und ob man daher auf sie verzichten könne.
2. Die Verwaltung spreche im 2. Punkt von der geeigneten Bodenauflast. Habe dies Konsequenzen für ein weiteres Absinken im Untergrund oder könne es ansonsten zu einer neuerlichen Gefährdung führen?
3. Die Kostenteilung zwischen Feuerwehr und Stadt Köln sei für die CDU-Fraktion nicht ganz nachvollziehbar, wenn die Verwaltung ausdrücklich sage, unabhängig von der Nutzung müssen diese Maßnahmen ergriffen werden. Wenn aber die Feuerwehr den Kalkberg nicht mehr nutze, warum müsse sie dann die Kosten tragen?

RM Herr Kockerbeck schließt sich den Fragen hinsichtlich der Varianten der Sanierung an. Der Vorschlag der Bürgerinitiative Kalkberg gehe in die Richtung des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke. In der Vergangenheit sei eine Radweg- und Grünverbindung zum Rhein geplant gewesen. In den aktuellen Unterlagen sei nichts davon erwähnt. Herr Kockerbeck möchte wissen, ob diese Planung weiterhin beabsichtigt sei.

Anschließend begründet Herr Kockerbeck den Änderungsantrag. Bis zur Ratssitzung sollte es möglich sein, die 7 Alternativen zur Sanierung, die in der Bürgerveranstaltung am 15.06.2016 erwähnt worden seien, auch dem Rat vorzulegen, um den Ratsmitgliedern einen größeren Einblick in die verschiedenen Varianten mit den unterschiedlichen Kosten zu geben.

Namens der Fraktion Die Linke möchte er wissen, ob die vorgeschlagene Sanierung nur sinnvoll sei, wenn dort tatsächlich eine Hubschrauberbetriebsstation betrieben werde und ob es nicht auch mit einer weniger aufwendigen Sanierung und einer Nutzung als Aussichtsplattform möglich sei. Natürlich solle die Sicherheit der Menschen und der Umwelt an erster Stelle stehen.

Nach kurzer Rücksprache im Gremium wird die Verwaltung gebeten, die Fragen soweit möglich mündlich zu beantworten, die Beantwortung zu Protokoll zu nehmen und als Auszug für die morgige Sitzung des Gesundheitsausschusses zur Verfügung zu stellen. Die dann noch nicht beantworteten Fragen sollen zur Sitzung des Gesundheitsausschusses beantwortet werden.

Herr Dr. Benner nimmt zu den Fragen Stellung.

Zum Umbau der Halde erläutert er, dass es technisch möglich sei, einen großen Teil des Kopfes der Halde, etwa 9 Meter, abzubauen und auch dieses Material für die Randbereiche zur Stabilisierung des Berges zu nutzen. Da das Deponat nicht die Eigenschaften wie das eigentlich genutzte Material besitze, würde der Berg im Bereich nach Westen etwas flacher sein. Man benötige daher noch additives Material, um die Sicherheit zu gewährleisten. Nach Osten sei der Umbau kein Problem. Hier könne das Material 1 zu 1 eingesetzt werden. Nach Norden gebe es aufgrund der Materialeigenschaften das Problem, dass entweder die Wände 1 bis 2 Meter höher sein müssten oder alternativ nach außen rücken müssten, um den entsprechenden Platz zu haben.

Zur Frage nach der Baustraße informiert er, dass man die vorhandene Straße aus standsicherheitstechnischen Überlegungen in zwei Drittel bis drei Viertel der Gesamtlänge aufnehmen müsse. Angedacht sei, eine sog. „Baustraße“ zu entwickeln, also auf dem Deponat eine Schotterschicht aufzubringen. Im Nachhinein könne eine schottergestemte Sanddecke aufgebracht werden, so dass man darauf gut laufen und auch Fahrrad fahren könne.

Weiter erklärt Herr Dr. Benner, dass Rückhaltebecken geplant seien, die bei starkem Regen das Wasser sammeln. Nach etwa 48 bis 72 Stunden werde das Wasser langsam, ohne es in die Kanalisation abzugeben, über einen Versickerungsschacht dem Grundwasser zugeführt.

Herr Dr. Benner betont, dass man alles tun werde, um auf einen Kanalanschluss verzichten zu können.

Hinsichtlich des Dissenses über die Formulierung einer „nutzungsunabhängigen“ Sanierung merkt er an, dass „nutzungsunabhängig“ auch „restriktionsfrei“ bedeute.



Die Standsicherheit sei dann gegeben, wenn die Summe der bodenmechanischen Werte 1,0 entspreche. Auf Grund von Unwägbarkeiten werde ein Standsicherheitszuschlag berücksichtigt. (gemessener bodenmechanischer Wert dividiert durch 1,25 muss wiederum größer/gleich 1,0 sein).

In kurzen Worten: Auf die gemessenen bodenmechanischen Werte werde ein Standsicherheitszuschlag von 25% aufgeschlagen.

Zur Barrierefreiheit der Straße informiert er, dass die alte Straße ein Gefälle von 10 % habe. Da der Weg etwas länger sei, betrage das Gefälle bei der neuen Straße 9,9 %. Im oberen Drittel betrage das Gefälle wieder 10 %, in anderen Teilen nur 9,1 – 9,2 %. Sie sei im Grunde genau so steil, wie die alte Straße.

Die Stabilisierung aus Umweltschutzgründen sei notwendig, da man kein ein Widerlager mehr schaffen wolle, sondern durch das Masseneinbringen einer Dichtungsschicht den gleichen Effekt erzielen, indem das eine Material gegen das andere ausgetauscht werde, was konsequenterweise teurer sei.

Die Bodenauflast erläutert Herr Dr. Benner an einem Beispiel: Wenn eine Halde von 60 Metern aufgeschüttet werde, müsse man davon ausgehen, dass im Kern der Halde der Boden, der auf 40.00 liege, 1,60 Meter tiefer liege. Am Haldenrand gehe das gegen 0. Wann man dort diese Massen von 10 Meter Breite aufbringe, müsse man davon ausgehen, dass dort natürliche Setzungen durch die Kompression des Bodens in der Größenordnung von 20 – 40 cm, abhängig vom Boden, entstehen. Da es sich um eine Rheinniederterrasse handle, halte er eine Setzung von gegen 20 cm / 40 cm für realistisch.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke merkt Herr Dr. Benner an, dass vor dem Hintergrund der Standsicherheit, welches das maßgebende Element der Sanierung sei, kein Unterschied zwischen restriktionsfreier Nutzung und Luxussanierung existiere.

Hinsichtlich der Kostenaufteilung habe man losspezifisch zwischen einem sogenannten „Feuerwehranteil“ von 61,5 % und einem „Grünanteil“ von 38,5 %, der sich um Umweltmanagement bemühe, differenziert. Grund sei, dass man zunächst den Ausgang in der gleichen Art und Weise gebaut habe. Jetzt werde er auf den letzten 40 Metern nicht gebaut, sondern man substituere ihn durch das 3-lagige Dichtungspaket plus Kiesfilter als Drainageschicht plus Oberboden für eine Vegetation.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzender Frau Welcker, wieso die Feuerwehr den größten Anteil zahlen solle, wenn es sich um eine unabhängig von der späteren Nutzung notwendige Maßnahme zur Stabilisierung der Halde handle, antwortet Herr Stadtdirektor Kahlen, dass es generell um den Sicherheitsaspekt gehe. Er werde dies bis zur Ratssitzung noch klären.

Den Beschlussvorschlag hinsichtlich des Kanalanschlusses werde die Verwaltung insofern streichen, als dass die für eine verzögerte, gesicherte Versickerung im Grundwasser benötigten Rückhaltebecken weiter in der Planung bleiben.

RM Frau Stahlhofen bemerkt, dass eine Steigung der Straße von 9 – 10 % nicht barrierefrei sei.

Sie erwähnt eine Doktorarbeit in der Kölner Universität, in der festgestellt worden sei, dass im Kalkberg ehemals Flakrückstände im Kalkschlamm versenkt worden seien. Sie habe dies bereits im Hauptausschuss angesprochen und betont, dass es wichtig sei, dies mit zu berücksichtigen. Frau Stahlhofen möchte wissen, ob dazu bereits Informationen vorliegen.

Ausschussvorsitzende Frau Welcker merkt zum Schnitt 1 an, dass eine Aufschüttung 1999 / 2000 vorgenommen worden sei. Der dahinter liegende Schnitt B-B zeige, dass diese Aufschüttung zu steil sei. Sie fragt, wer diese Aufschüttung veranlasst habe und warum das damals nicht geprüft worden sei.

Sie bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Kahlen antwortet bezüglich der Frage zum Fuß- und Radweg, dass in der Ausschusssitzung im Januar 2015 Herr Dr. Bauer vom Grünflächenamt Pläne für eine Fußwegverbindung von der Nordseite des Kalkbergs über das nicht genutzte Brückengleis zum kleinen Kalkberg und dann weiter Richtung Mülheim und zum Rhein vorgestellt habe. Dieser Weg sollte in der Nutzung deutlich abgeflachter sein, als die jetzige Straße. Er könne momentan nicht sagen, inwieweit dieser Plan in der Vorbesprechung der interministeriellen Arbeitsgruppe zum EFRE-Programm bereits akzeptiert worden sei.

An Frau Stahlhofen gewandt informiert Herr Kahlen darüber, dass der Kampfmittelräumdienst mit Untersuchungen beauftragt worden sei, inwieweit Bohrungen, auch für die Cyanid-Messungen, problematisch sein könnten.

Ausschussvorsitzende Frau Welcker bittet abschließend, schnellstmöglich die Fragen für den Gesundheitsausschuss am nächsten Tag zu protokollieren und zu beantworten.

Sie lässt nach kurzer Rücksprache im Gremium über den Antrag von Herrn Brust, die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, abstimmen:

#### **Beschluss:**

***Der Bauausschuss verweist die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.***

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **Beschluss:**

***Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.***

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkbergs, insbesondere im Hinblick auf Cyanide 1737/2016**

SE Herr Weber fragt, ob es im Bereich des Kalkberges Galvanikbetriebe gebe oder gegeben habe, die in größerem Umfang Cyanide benötigten. Außerdem wäre es für ihn interessant, zu wissen, welche Absolutmenge im Mittel pro Jahr an Cyanid, evtl. in

Äquivalenten von Kaliumcyanid oder Natriumcyanid, ausgeschwemmt werde. Daraus könne man ggfls. die Größe des Körpers schließen.

Um ausschließen zu können, ob und in welcher Größenordnung in der Vergangenheit in dem Bereich undeckelt Giftmüll verklappt worden sei, sei es seines Erachtens unverzichtbar, die Quelle der hohen Cyanidbelastung aufzufindig zu machen.

SB Herr Dr. Albach betont, es sei entscheidend, wie viel Mengen an Chlorit und Sulfat ausgeschwemmt werden, weil dies Teil der Instabilität des Deponiekörpers sei. Man sehe, dass erhebliche Mengen an Chlorit und Sulfat, die sich nicht im heran strömenden Grundwasser unter Buchforst befänden, erst zu finden seien, wenn das Grundwasser unter der Stegerwaldsiedlung ankomme. Er vermute daher, dass diese Stoffe aus dem Kalkberg oder aus umliegenden Bereichen kommen.

RM Frau Akbayir fragt, ob man ausschließend könne, dass trotz aller Sanierungsmaßnahmen durch ansteigendes Grundwasser Stoffe aus dem Kalkberg gespült werden. Sie richtet ihre Kritik an Herrn Stadtdirektor Kahlen, da aufgrund mangelhafter Kommunikation die Bohrkern zur Untersuchung der Haldenstabilität dem Umweltamt nicht zur Verfügung gestellt worden seien.

Frau Akbayir fragt, ob es umweltpolitisch nicht am sinnvollsten sei, die komplette Deponie abzutragen und die Stoffe fachgerecht nach heutigen Standards zu entsorgen.

Ausschussvorsitzende Frau Welcker bemerkt, in Absatz 4.1 werde mitgeteilt, dass unterhalb des Kalkberges wahrscheinlich Mineralölkohlenwasserstoffe (Ölschaden) liegen. Sie möchte wissen, woher die Verwaltung dieses Wissen bzw. diese Vermutung nehme und ob dieser Schaden sanierbar sei bzw. ob durch eine Abdeckung von oben kein Wasser mehr versickere, so dass dieser Stoff nicht mehr ausgeschwemmt werde.

Außerdem gehe sie davon aus, dass die im Beschlusstext der Vorlage genannten erforderlichen Maßnahmen für den Umweltschutz genau diese Maßnahmen seien, die aus den drei Mitteilungen konsequenterweise resultieren und bei der Haldenstabilisierung berücksichtigt werden.

Frau Brammen-Petry antwortet, dass 2013 mit umfangreichen Grundwasseruntersuchungen begonnen worden sei. Man vermute drei Quellen, die für die Verunreinigung mit den Cyaniden verantwortlich seien.

Eine Quelle, die auch bereits angesprochen worden sei, sei ein Stahlwerk, das sich ungefähr im Bereich der Stegerwaldsiedlung befinde. Dieses Stahlwerk sei einer Gefährdungsabschätzung unterzogen worden. Man kenne dort die Verhältnisse, glaube jedoch nicht, dass die Stoffe direkt aus dem stahlwerkstypischen Gebäude kommen, wie in der Galvanik oder ähnlichem.

Man habe in alten Karten östlich vom Stahlwerk eine weitere Grube gefunden, die vermutlich verfüllt worden sei und werde diesen Bereich im Herbst anfangen zu untersuchen.

Zur Frachtbetrachtung hinsichtlich der Cyanide bzw. den restlichen Frachten (Chlorit, Kalzium, Natrium) informiert Frau Brammen-Petry, dass die Messung von Cyaniden bekanntermaßen im Bereich von Mikrogramm pro Liter Grundwasser liege. Salze hingegen werden in Milligramm pro Liter gemessen. Bei einer überschläglichen Berechnung würden ungefähr 29 kg Salz pro Tag aus dem Kalkberg geschwemmt, was etwa 10 t pro Jahr betrage. Dadurch verliere der Kalkberg jedoch nicht an Substanz.

Frau Brammen-Petry weist auf eine Beantwortung einer mündlichen Anfrage im Hauptausschuss zu den Umweltmaßnahmen hin und betont, dass die Haldensanierung aus statischen Gründen statfinde. Die Stabilität der Halde müsse gewährleistet

sein und damit eine weitere Durchfeuchtung des eingeschlossenen Kalks im gesamten Kalkberg vermieden werden könne, sei eine Oberflächenabdichtung erforderlich. Dies nütze natürlich auch dem Umweltschutz, denn wenn die Oberfläche abgedichtet werde, können auch die soeben beschriebenen Salze nicht mehr in der Form ins Grundwasser gelangen.

Die Cyanide vermute man weit unter dem Kalkberg, also unterhalb des Bereiches, der von Niederschlagswasser betroffen sei. Man vermute, dass sie bei hohen Grundwasserständen vom Grundwasser durchströmt werden. Für den Schutz vor Cyaniden nütze die Oberflächenabdichtung der Halde sehr wenig.

Maßnahmen für den Umweltschutz seien aus Sicht von Frau-Brammen-Petry in der Beschlussvorlage gar nicht enthalten. Wenn sich aus den weiteren noch nicht abgeschlossenen Cyaniduntersuchungen ergeben sollte, dass noch Maßnahmen ergriffen werden müssen, weil z. B. in der Südflanke des Kalkbergs noch eine Quelle gefunden wird, könnten noch Kosten auf die Stadt Köln zukommen.

An Frau Akbayir gewandt erklärt sie, dass vereinbart worden sei, darüber zu informieren, sobald die Proben, die in dichten Behältnissen gezogen worden seien, geöffnet worden seien. Aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen sei dies nicht geschehen, so dass der Termin verstrichen sei. Dies führe dazu, dass man Cyanide, die lichtempfindlich seien, nicht mehr analysieren könne.

Wie Herr Kahlen bereits ausgeführt habe, werde eine weitere Bohrung erfolgen. Die Proben daraus würden dann begutachtet und analysiert.

SB Herr Dr. Albach entgegnet, dass eine Analyse auf Carbid und Cyanid durchaus Sinn mache, wenn diese Stoffe nicht dauerhaft dem Licht ausgesetzt seien. Er empfiehlt dringend, die Bohrkern zu analysieren und zwar auf alles, was dort gefunden werde.

Er möchte wissen, ob die Belastung des Kalkbergs bzw. seiner Umgebung mit Cyaniden einmalig in Köln sei oder ob es an anderen Stellen Kölns vergleichbare Quellen gebe.

Frau Brammen-Petry berichtet, dass es in Köln vor 115 Jahren einige Gaswerke gegeben habe. Es gebe auch mehrere Stellen im Stadtgebiet, wo sich Cyanide im Grundwasser befänden. Teilweise seien dort auch schon Sanierungsmaßnahmen ergriffen worden, teilweise werde noch daran gearbeitet. Die Verwaltung werde davon in einer der nächsten Ausschusssitzungen berichten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün / Bauausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry zur Kenntnis.

#### **4.2 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs / hier: Sachstand und weiteres Vorgehen 1943/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bauausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.3 Kalkberg**  
**Berücksichtigung von Umweltvorsorgeaspekten bei der nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung**  
**2012/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bauausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

gez. Katharina Welcker  
(1. stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Umwelt und Grün und  
Vorsitzende der gemeinsamen Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün  
und des Bauausschusses)

gez. Dr. Martin Schoser  
(Vorsitzender des Bauausschusses)

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)

**Ab TOP 5.1 erfolgt die Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün**

**5 Weitere Beschlussvorlagen, deren Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün erfolgt**

**5.1 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften  
Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün  
1434/2016**

**5.1.1 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften  
Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
Beratung und Beschlussfassung nur durch den Ausschuss Umwelt und Grün  
AN/1085/2016**

RM Herr Götz vermutet, dass die Beschlussvorlage im Anschluss an die Diskussion ohne Votum in den Rat verwiesen werde. Er bittet die Verwaltung zum einen um Stellungnahme bis zur Ratssitzung hinsichtlich des Standorts Bensberger Marktweg, zu dem die Politik täglich Schreiben von der Kölner Bevölkerung erhalte. Zum anderen möchte er wissen, ob die Verwaltung den Vorschlag der BV Porz betreffend eines Tausches der Fläche aus umweltpolitischen Gesichtspunkten für vernünftig halte und dem folgen könne.

Stadtkämmerin Frau Klug teilt zur ersten Frage mit, dass die Verwaltung diese Fläche nicht angemeldet hätte, wenn ihr klagewesen wäre, dass bereits 2014 eine Überprüfung der Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet (NSG) der Fläche vom BUND beantragt worden sei. Daher sehe die Verwaltung hier eine Besonderheit und werde das NSG - Prüfverfahren fortsetzen.

Auf Nachfrage der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Frau Welcker bestätigt Frau Klug, dass bei der weiteren Flächenprüfung im Zweifelsfalle diese Umweltbelange dazu führten, dass die Fläche Bensberger Marktweg von einer Errichtung einer temporären Flüchtlingsunterkunft ausgeschlossen werde.

RM Herr Brust fragt, ob der Ausschuss Umwelt und Grün nicht direkt beschließen bzw. die Umweltverwaltung nicht vorschlagen könne, dass die Fläche aus der Liste herausgenommen und durch eine andere Fläche ersetzt werden könne.

Zum Standort Rolshover Straße merkt er an, es liege ein Brief der Pächterin der Pferdekoppel vor, dass die Fläche auch als außerschulischer Lernort für Kinder und für soziale Projekte genutzt werde. Herr Brust möchte wissen, inwieweit das stimme. Weiter weise die Pächterin in ihrem Brief auf einen leerstehenden Baumarkt hin, den man nutzen könnte. Herr Brust bittet die Verwaltung um Stellungnahme bis zur Ratssitzung.

Er bringt den Vorschlag der BV Porz, die Kaserne Brasseur zu nutzen, in die Beratung ein und bittet auch hier die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Klug beabsichtigt, zu den aufgeworfenen Fragen in der heutigen Sitzung Stellung zu nehmen, behalte sich aber eine Prüfung der mündlichen Beantwortungen bis zur Ratssitzung vor.

Frau Brammen-Petry informiert darüber, dass der Baumarkt zur Colonia Deponie gehöre, momentan leer stehe und sich nicht im Eigentum der Stadt Köln befinde. Sie nehme an, dass dort in Kürze Sanierungsmaßnahmen stattfinden und halte es für keine gute Alternative, auf einer Deponie eine Flüchtlingsunterkunft zu errichten, wo es rund um den Baumarkt Passivausgasungen gebe. Die Umweltverwaltung werde versuchen, eine Fläche zu finden, die einen weniger starken Eingriff bedeute.

SB Herr Dr. Albach wendet sich an RM Herrn Brust und befürwortet, den Standort Bensberger Marktweg prüfen zu lassen, um dem BUND eine klare, eindeutige Stellungnahme zukommen zu lassen. Sollte die Prüfung ergeben, dass der Bensberger Marktweg ungeeignet sei, könne man den Thurner Kamp als vorläufige Zwischenlösung nehmen. Herr Dr. Albach bittet um Stellungnahme bis zur Ratssitzung.

Frau Brammen-Petry erläutert, dass ein Antrag des BUND auf Änderung des Landschaftsplans vom Landschaftsschutzgebiet in ein Naturschutzgebiet vorliege, die bekanntermaßen nur alle paar Jahre vorgenommen werde. Man könne natürlich den BUND zurückspiegeln, dass der naturschutzwürdige Status des Standortes von der Umweltverwaltung mitgetragen werde.

Herr Dr. Albach entgegnet, dass der BUND klar darstelle, dass in dem nicht so gut zugänglichen Teil auch Pflegemaßnahmen notwendig seien. Daher wäre seine nächste Frage, ob aus umweltfachlicher Sicht - wenn es sich um ein NSG handle - ein Pflege- und Entwicklungsplan erstellt werden könne, der dann auf der anderen Fläche entsprechende Maßnahmen auslösen könnte.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker bittet die Verwaltung, diese für die jetzige Beschlussvorlage unerhebliche, jedoch trotz alledem wichtige Frage zeitnah zu prüfen.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt eine Stellungnahme der Verwaltung zu den angesprochenen Fragen vor der Ratssitzung zu.

SB Herr Becker schließt sich namens der SPD-Fraktion den Beiträgen und dem Beschluss hinsichtlich Verweisung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien an.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt nach kurzer Rücksprache im Gremium die Verweisung der Beschlussvorlage und des Änderungsantrags ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

***Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.***

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

gez. Katharina Welcker  
(1. stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Umwelt und Grün )

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)